

Bericht

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

1. zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/2573 –

**Entwurf eines Gesetzes zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit
und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung**

2. zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 15/2948 –

**Entwurf eines Gesetzes zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit
und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung**

**Bericht der Abgeordneten Steffen Kampeter, Walter Schöler, Antje Hermenau und
Dr. Günter Rexrodt**

Mit den inhaltsgleichen Gesetzentwürfen soll ein umfassendes Maßnahmen- und Gesetzgebungspaket umgesetzt werden, um die Schwarzarbeit verschärft zu bekämpfen. Die Gesetzentwürfe zielen darauf ab, ein neues Unrechtsbewusstsein gegenüber der Schwarzarbeit zu schaffen und rechtmäßiges Verhalten zu fördern.

Die Gesetzentwürfe sehen die Änderung bzw. Neufassung folgender Gesetze vor:

Artikel 1	Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung	Artikel 8	Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch
Artikel 2	Änderung des Strafgesetzbuches	Artikel 9	Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes
Artikel 3	Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch	Artikel 10	Änderung der Gewerbeordnung
Artikel 4	Änderung des Ersten Buches Sozialgesetzbuch	Artikel 11	Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes
Artikel 5	Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch	Artikel 12	Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1999
Artikel 6	Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch	Artikel 13	Änderung des Ausländergesetzes
Artikel 7	Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch	Artikel 14	Änderung des Altersteilzeitgesetzes
		Artikel 15	Änderung der Beitragsüberwachungsverordnung
		Artikel 16	Änderung der Arbeitsgenehmigungsverordnung
		Artikel 17	Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes
		Artikel 18	Aufhebung der Sozialversicherungsausweisverordnung
		Artikel 19	Änderung der Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung

- Artikel 20 Änderung der Wintergeld-Verordnung
Artikel 21 Änderung der Winterbau-Umlageverordnung
Artikel 22 Änderung des Sozialgerichtsgesetzes
Artikel 23 Änderung des Telekommunikationsgesetzes
Artikel 24 Änderung des Einkommensteuergesetzes
Artikel 25 Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang
Artikel 26 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Die Gesetze zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung sind Bestandteil des Haushaltsstabilisierungskonzepts 2004. Mit den Gesetzen und weiteren administrativen Maßnahmen sollen ab 2004 Mehreinnahmen von 1 Mrd. Euro jährlich für den Bund erzielt werden. Es soll neben einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit mit präventivem Charakter dazu beitragen, ein neues Unrechtsbewusstsein in der Bevölkerung zu den verschiedenen Formen der Schwarzarbeit zu wecken und damit die Steuerehrlichkeit zu erhöhen. Darüber hinaus werden auch Länder und Kommunen vom Steuermehraufkommen profitieren.

Die in anderen gesetzlichen Vorschriften festgelegten Prüfungs- und Ermittlungsrechte der Zollverwaltung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung werden mit den Geszentwürfen zusammengefasst. Da-

rüber hinaus werden die Behörden der Zollverwaltung mit erweiterten Befugnissen ausgestattet, um die Verfolgung effektiver wahrnehmen zu können. Außerdem erhält die Zollverwaltung zusätzliche Aufgaben aus der Steuerkontrolle. Diese zusätzlichen Befugnisse und Aufgaben werden zu einem höheren Verwaltungsaufwand des Bundes in nicht genau bezifferbarer Höhe führen. Dem stehen jedoch die zu erwartenden höheren Steuereinnahmen des Bundes und der Länder gegenüber, die den Verwaltungsaufwand voraussichtlich um ein Vielfaches überkompensieren.

Für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine Kosten.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Der Haushaltsausschuss hält die Geszentwürfe mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Finanzausschuss vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 5. Mai 2004

Der Haushaltsausschuss

Manfred Carstens (Emstek)
Vorsitzender

Steffen Kampeter
Berichterstatter

Walter Schöler
Berichterstatter

Antje Hermenau
Berichterstatterin

Dr. Günter Rexrodt
Berichterstatter